

# Herr Bareiß sagt jetzt Ja

Heute stimmt der Bundestag über den Atomausstieg ab. Die meisten Abgeordneten der Union werden dafür votieren, obwohl sie vor wenigen Monaten das Gegenteil beschlossen haben. Einer von ihnen ist der Kernkraftbefürworter Thomas Bareiß. Wie konnte das passieren? Eine Reise in die Abgründe der Demokratie

Nikolai Fichtner, *Berlin*

An diesem Donnerstag gegen 12 Uhr wird Thomas Bareiß die blaue Stimmkarte nehmen, blau für Ja. Er wird dann nach vorn gehen, Richtung Regierungsbank, wo sich die Abgeordneten an den Urnen drängeln, und er wird Blau einwerfen. Ja zum Atomausstieg. So gehört sich das jetzt.

Noch im März hätte er das nicht für möglich gehalten. Denn Bareiß hat immer für die Kernkraft gekämpft und gegen die Staatsmilliarden für Ökostrom. Als er 30 Jahre alt war, schickten ihn die konservativen Wähler von der Schwäbischen Alb für die CDU in den Bundestag. Heute ist er 36 und für die Energiepolitik seiner Fraktion verantwortlich. Er trägt Anzug und Gel in den blonden Haaren, der Blick ist offen, das Gesicht glatt rasiert.

15 Wochen ist die Energiewende der Bundesregierung jetzt alt. Für Thomas Bareiß waren es 15 Wochen im Ausnahmezustand. Denn die Energiewende ist auch eine Geschichte von Abgeordneten, die an Entscheidungen ihrer Chefs verzweifeln; und von Chefs, die ihre Abgeordneten mit Details zuschütten, sodass das große Ganze aus dem Blickfeld gerät. Sie zeigt, was passiert, wenn Gesetze in wenigen Wochen durch den Bundestag gejagt werden. Und sie zeigt, wer in einer parlamentarischen Demokratie wirklich das Sagen hat.

Den Tag nach der Explosion von Fukushima, den 13. März, verbringt Bareiß in Baden-Württemberg, es ist Wahlkampf. Trotz der dramatischen Bilder aus Japan will er am alten Kurs festhalten. In Deutschland seien solche Tsunamis gar nicht denkbar, sagt er. „Es gibt keine Veranlassung, die Laufzeitverlängerung infrage zu stellen.“ Bareiß gehört zu den Politikern, die ihre Meinung sagen. Er will für seine Glaubwürdigkeit gewählt werden.

Was er nicht weiß: Zur selben Zeit leitet in Berlin seine Parteichefin Angela Merkel mit CSU-Chef Horst Seehofer die Energiewende ein. Zwei Tage später ist die Abschaltung der acht alten Meiler beschlossen. Wenn die wendigen Parteistrategen an der Spitze in jenen Tagen über ihre Abgeordneten reden, dann klingen sie wie Therapeuten, die über ihre Patienten klagen. Die drei Monate Moratorium sind die Zeit, die sie zur Therapie veranschlagen, es ist eine Therapie in drei Phasen: erst Trotz, dann Nähe und schließlich Stress mit Kleinkram.

Bareiß hat in der ersten Phase zwei große Auftritte: Im Bundestag traut er sich als einziger CDU-Mann, das Restrisiko der Kernkraft wie früher „ethisch verantwortbar“ zu nennen, was ihm eine Würdigung in der „FAZ“ einbringt. Im „Spiegel“ beklagt er sich über die hektische Entscheidung, „die unsere Glaubwürdigkeit infrage stellt“. Das sorgt für Unmut, weil die Zitate ausgerechnet am Tag vor der Wahl in Baden-Württemberg erscheinen.

Anfang April beginnt Phase zwei: die Nähe. Bareiß trifft sich mit den Beamten aus Kanzleramt und Ministerien. Sie informieren ihn, was jetzt geplant ist: die Energiewende in acht Gesetzen, die Ethik- und die Sicherheitskommission, der ganz große Konsens. Jetzt soll alles ganz schnell gehen. Für das übliche Verfahren, in dem erst die Abgeordneten, dann die Länder ihre Änderungen einarbeiten, reicht die Zeit nicht. Dafür dürfen Bareiß und die Fachpolitiker der Koalition sich in einer „Koalitions-AG“ mit den Fraktionschefs austauschen.

Als Merkel Ende Mai mit den Koalitionsspitzen im Kanzleramt den Atomausstieg beschließt, sitzen Bareiß und seine Kollegen in einem Nebenraum. Immer wieder kommen die Chefs und berichten von den Fortschritten. Wer hier dabei ist, übernimmt die Zwänge, in denen die Kanzlerin steckt – die CSU auf der einen, die FDP auf der anderen Seite, die Länder, die Opposition, die öffentliche Meinung. Wer jetzt nicht Nein sagt, darf es auch später nicht tun. Das ist der Preis für die Nähe zur Macht.

Phase drei beginnt Anfang Juni. Die Gesetze sind im Bundestag, vier Wochen ist noch Zeit bis zur Abstimmung. Aber die Parlamentarier haben kaum noch etwas zu entscheiden. „Es gibt die großen Linien“, sagt Bareiß, „und es gibt das Klein-Klein. Die großen Linien stehen fest.“ Und das Klein-Klein frisst seine gesamte Zeit. Acht bis zehn Lobbyisten sitzen jede Woche in seinem Büro. In der Koalitions-AG reden sie jetzt darüber, ob Ökostrom aus Hühnerkot mit dem aus Pferdemit gleichwertig ist.

Allein mit der Ökostromförderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz könnten Abgeordnete ein ganzes Jahr verbringen, so viel gibt es zu regeln. Einige Teile sind so kompliziert, dass nur noch wenige Fachleute sie verstehen, und die sitzen in den Ministerien und Verbänden. „Im Bundestag finden sich kaum noch geeignete Ansprechpartner“, sagt ein Toplobbyist. Das stärkt die Interessenverbände, die einen guten Draht in die Ministerien haben.

Die Lobbyisten schufteten in diesen Tagen die Nächte durch. Sie müssen acht Gesetze mit mehr als 600 Seiten Gesetzestext nicht nur lesen, sondern auch kommentieren. Ihre Texte werden dann gesammelt und gedruckt. 450 Seiten sind es zum Energiewirtschaftsgesetz, 250 zum Netzausbaugesetz. Kein Abgeordneter kann all das lesen.

Am Montag dieser Woche türmen sich die Netzausbaupapiere vor dem Sitzungssaal E400 im Bundestag. 100 Exemplare mal 250 Seiten, auch Bareiß hat sich einen Packen mitgenommen. Es ist die letzte Anhörung vor der Abstimmung, außen sitzen die Abgeordneten, innen die Stromnetzexperten.

Durch den Raum gehen gute Ideen, die Atmosphäre ist sachlich und angenehm. Nach zwei Stunden beendet der Ausschussvorsitzende Ernst Hins-

ken die Anhörung, 70 Fragen hat er gezählt und „viele neue Erkenntnisse“. „Die werden alle Eingang in die parlamentarischen Beratungen finden“, verspricht er. Die Frage ist nur, in welche. Für das große Energiepaket sind die Gesetze längst geschrieben.

Nach der Anhörung hat Bareiß ein paar Minuten frei bis zur nächsten Sitzung. Er lässt sich in einen Sessel im Foyer fallen. Der Tag hat gut begonnen. Morgens um acht hat er im Kreis der Fachpolitiker schon einen Erfolg erzielt. Besitzer von kleinen Wasserkraftwerken müssen nun nicht mehr die modernsten Fischtreppe anlegen. Für den Nachmittag hat er sich vorgenommen, die Solarförderung einzudämmen. „Oft reden wir stundenlang über kleine Millionenbeträge, hier verteilen wir Milliarden mit einem Federstrich.“ Seine Verbündeten sind die Wirtschaftspolitiker der Union. Der Kampfplatz ist die Koalitions-AG, die am späten Nachmittag zum letzten Mal tagt.

Bei Kaffee, Saft und Brötchen in Sitzungssaal 1.228 kommt es zum Finale der Energiewende, der Rest ist nur noch Vollzug. Durch die Wand dringt die sonore Stimme von Unionsfraktionschef Volker Kauder. Um 20 nach sechs geht die Tür auf. Umweltminister Norbert Röttgen verlässt gut gelaunt den Saal, die Fachpolitiker der Union folgen ihm in einen Nebenraum. In einer hinteren Ecke beraten sich die FDP-Leute. Im Foyer zwischen den Politikern stehen ein Dutzend Ministerialbeamte und warten darauf, dass die Politik sich einigt.

Zwanzig Minuten Kompromisspause. Die FDP will Solarparks auch auf Ackerflächen bauen, die CSU lehnt das ab. Bareiß und der Unions-Wirtschaftsflügel wollen die Solarförderung begrenzen, aber auch da gibt es Widerstand. Keiner gibt nach. Kauder beendet die Debatte mit dem Hinweis, dass man auch an den Bundesrat denken müsse. Die Regierung hat sich schon vorab mit den Ländern geeinigt, da würden Änderungen sehr stören.

„Absurdes Theater“ nennen das später FDP-Energiepolitiker, weil Kauder vorher selbst am lautesten über die Solarförderung geschimpft hatte. „Psychologisch erstklassig“, sagen dagegen Regierungsvertreter, weil Kauder den Wirtschaftsflügel geschickt in die Irre geführt habe.

Wenn die Politiker sich nicht einigen, bleibt alles beim Vorschlag der Ministerialbeamten. Sie sind die wahren Mächtigen in diesem Spiel, in dem es auf Schnelligkeit und Fachwissen ankommt. Deshalb haben sie auch ein Bild von den Abgeordneten: Man darf den Politikern nicht zu viel Zeit geben, ein Gesetz zu vermurksen.

Wenn man Thomas Bareiß fragt, was die Abgeordneten bei der Energiewende gegen die Regierung eigentlich durchgesetzt haben, muss er erst einmal nachdenken. Dann fällt ihm etwas ein: Die Förderung von großen Biomasseanlagen wird gedämpft. Sein Fazit nach 15 Wochen Energiewende: Mit dem Netzausbaugesetz ist er zufrieden, mit dem Atomgesetz und der Ökostromförderung fühlt er sich nicht sehr wohl. „Ich bin ja ein pragmatischer Typ“, sagt er. „Die Bedingungen sind, wie sie sind. Man muss Kompromisse auch mal stehen lassen.“

Am Dienstagnachmittag tagt die Fraktion. Bareiß nimmt sich zwei Wasserflaschen mit in den Saal, es wird anstrengend werden. Er will immer noch die Solarförderung kürzen, wenn auch nur noch ein bisschen. Seine Chefs vom Wirtschaftsflügel bringen die Argumente vor – vergebens. „Die leiden ganz schön“, sagt ein Regierungsmitglied, „aber das wird alles abgebogen.“

Am Ende wird abgestimmt, es gibt keine Änderungen an dem Papier, das mit „Formulierungshilfe“ überschrieben ist – weil es die Beamten in den Ministerien waren, die es geschrieben haben. Anders als sonst üblich haben sie das Papier nicht einmal auf den Tischen der Abgeordneten ausgelegt.

Bareiß stimmt für die Gesetze, seine engsten Kollegen dagegen. Er hat sich für Merkel und Kauder entschieden und gegen die Hardliner vom Wirtschaftsflügel. Als Bareiß erschöpft aus der Sitzung kommt, trifft er einen CDU-Kollegen, Heinz Riesenhuber, den früheren Forschungsminister. „Du hast mich leiden sehen“, sagt Bareiß. „Ja, aber das hast du gut gemacht.“ „Ich habe auf deinen Rat gehört.“

Es war der Rat eines erfahrenen Parlamentariers. Er solle lieber mitmachen und Einfluss nehmen, hatte Riesenhuber gesagt. Denn wer Nein sagt und aussteigt, der könne gar nichts mehr entscheiden.